

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. Februar 1979

am Donnerstag, dem 15. Februar 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	17, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien.

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Trifft es zu, wie in der Welt vom 3. Februar 1979 berichtet, daß der Bundeswohnungsbauminister die Absicht des Landes Baden-Württemberg, über 16 000 Wohnungen aus Staatsbesitz den jetzigen Mietern zum Kauf anzubieten, „ausdrücklich“ begrüßt, weil dieses Vorhaben eine starke soziale Komponente habe?
2. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß infolge der Beteiligung des Bundes an der Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg eine Zustimmung des Bundes zum Verkauf dieser Wohnungen erforderlich ist, und ist die Bundesregierung bereit, ihre Zustimmung zu erteilen bzw. den Anteil am Gesellschaftskapital zurückzugeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

3. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung für die deutsche Risikoabschätzungsstudie für die Kernenergie aus dem Zurückziehen des sogenannten Rasmussen-Report durch die US-Nuclear Regulatory Commission ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

4. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Verwirklichung des 1972 verabschiedeten ersten bundeseinheitlichen „Aktionsprogramms Schulsport“, und zu welchen Erkenntnissen kommt die Bundesregierung in den einzelnen Schulformen?
5. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage, nach mehr als 6jähriger Laufzeit des „Aktionsprogramms Schulsport“ den anderen Partnern (Bundesländer, kommunale Spitzenverbände und Deutscher Sportbund) eine Bestandsaufnahme des „Schulsports in der Bundesrepublik Deutschland“ und eine sich daraus ergebende Weiterentwicklung dieses Programms vorzuschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen die Ludwigsburger Zentrale zur Verfolgung von NS-Verbrechen bisher tätig wurde, und trifft es nach ihrem Erkenntnisstand zu, daß 3000 bis 10000 Naziverbrecher durch die Verjährung ihrem Richter entzogen würden, wie der holländische Abgeordnete Stoffelen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats meinte?

7. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Höhe der geltenden Mindestversicherungssummen bei Kraftfahrzeugen einschließlich Anhänger (Mindestversicherungssummen von 500 000 DM für Personenschäden und 100 000 DM für Sachschäden) noch zur angemessenen Schadensdeckung, insbesondere bei Güterschäden, ausreicht, und wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, einen entsprechenden Änderungsentwurf zur Erhöhung der Mindestversicherungssummen vorzulegen?

8. Abgeordneter
Peiter
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen ein Verfahren wegen des Verdachts des Mißbrauchs des Investitionszulagengesetzes anhängig gemacht wurde, und wie hoch der Gesamtbetrag der Zula-
gen ist, die gesetzwidrig erschlichen wurden?

9. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
Welche Gründe hat die Bundesregierung bisher da-
von abgehalten, die Europäische Konvention über
die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die
Menschlichkeit und Kriegsverbrechen aus dem
Jahr 1974 zu unterzeichnen?

10. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
Wann wird die Bundesregierung der erneuten Auf-
forderung der Parlamentarischen Versammlung des
Europarats vom 2. Februar dieses Jahres — Ent-
schließung des Stoffelen-Berichts „Verjährung von
Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Mensch-
lichkeit“ —, die Konvention zu unterzeichnen und
die Ratifizierung einzuleiten, nachkommen?

11. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
Ist bei den Gesprächen des Bundesjustizministers
mit dem Justizminister der UdSSR oder anderen
Vertretern aus den Warschauer-Pakt-Staaten von de-
ren Seite — unter irrtümlicher Berufung auf die
Ostverträge — die Forderung erhoben worden,
die Artikel 116 und 16 des Grundgesetzes sowie
das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht abzuändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
Trifft es zu, daß — wie in der Zeitung „Die Welt“
vom 6. Februar 1979 gemeldet wurde — der Bun-
desrechnungshof in einem Prüfungsbericht festge-
stellt hat, „daß mangelnde Aufsicht der Bundesre-
gierung eine der Hauptursachen für die Millionen-
verluste der Deutschen Bau- und Bodenbank ist“?

13. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
Trifft es zu, daß der Bundesminister für Raumord-
nung, Bauwesen und Städtebau — „obwohl er über
den wahren Sachverhalt bei der Bank im Bilde war“
— „jeweils den die Aktionärsrechte des Bundes wahr-
nehmenden Vertreter seines Hauses angewiesen“
hat, „in den Hauptversammlungen zuzustimmen,
daß der Vorstand entlastet werde“?

14. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr
von Massenbach
(CDU/CSU)
Trifft es ferner zu, daß der Bundesrechnungshof
fordert, „die Frage des Schadenersatzes müsse
jetzt unverzüglich geprüft werden“?

15. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr
von Massenbach**
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dieser Forderung des Bundesrechnungshofs zu ziehen?
16. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) In welcher Höhe sind der Deutschen Bau- und Bodenbank bis einschließlich Haushaltsjahr 1978 Mittel aus dem Bundeshaushalt zugeflossen?
17. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Sind in Zukunft weitere Zuweisungen des Bundes vorgesehen bzw. zu erwarten?
18. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Hätte die Befolgung der Ratschläge und Anregungen, die der Bundesrechnungshof der Bundesregierung in den vergangenen Jahren wiederholt im Hinblick auf die Geschäftspolitik der Deutschen Bau- und Bodenbank übermittelt hat, dazu beitragen können, daß die Verluste der Bank nicht die derzeitige Höhe erreicht hätten?
19. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung den von der Zeitung „Die Welt“ zitierten Prüfungsbericht veröffentlichen, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen?
20. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Rahmen der steuerrechtlichen Regeln zur Trinkgeldbesteuerung die Finanzverwaltung von Arbeitgebern neuerdings verlangt, die Höhe des Trinkgelds ihrer Beschäftigten in der Praxis auszuspiionieren, und sieht sie hierin unter dem Gesichtspunkt des Betriebsklimas noch eine erträgliche Praxis der sogenannten Übertrinkgelderbesteuerung?
21. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, zur Ermittlung des zu versteuernden Einkommens, Trinkgelder künftig in stärkerem Maße als bisher durch Pauschalierung erfassen zu lassen?
22. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Sollen dabei — gegebenenfalls — von Branche zu Branche oder nach sonstigen Unterscheidungsmerkmalen unterschiedlichen Erfahrungs- bzw. Pauschalierungssätze gelten?
23. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Möglichkeit zur Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte außer bei der schon vorgesehenen erhöhten Absetzung nach § 7 b EStG auch für die degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG in einem Gesetzentwurf vorzuschlagen, oder was spricht nach ihrer Meinung gegen diese sinnvolle Ergänzung in § 39 a EStG?
24. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche Mitglieder landwirtschaftlicher Genossenschaften nur deshalb unzutreffend besteuert werden, weil die zuständige Landesregierung der Auffassung ist, es verstoße gegen den Genossenschaftsgedanken, wenn die tatsächlichen Einkünfte der Genossenschaftsmitglieder steuerlich erfaßt werden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, falls sie die Auffassung teilt, daß der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung dem Schutz des Genossenschaftsgedankens vorgeht?

25. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Angaben bestätigen, wonach durch die Lohnerhöhungen des Jahrs 1977 die Arbeitnehmer knapp 21 Milliarden DM netto erhielten, 35,3 Milliarden DM als Bruttobezüge ausgewiesen waren, während für die Arbeitgeber rund 59,3 Milliarden DM mit den Lohnnebenkosten fällig waren, und was gedenkt sie gegebenenfalls gegen die so einschneidende Benachteiligung des Arbeitnehmers zu tun, da er nur noch 1/3 der gesamten Lohnerhöhung als Nettoeinkommen verfügbar hat?
26. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß die Gemeinden verstärkt dazu übergehen, von den Vereinen (insbesondere den Sportvereinen) für die Nutzung neuerbauter Turn-, Fest- und Gemeindehallen z. T. beträchtliche Gebühren zu erheben, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die auf den Bauleistungen lastende Umsatzsteuer als Vorsteuer angerechnet bzw. erstattet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Können Investoren die Aussage des Bundesministers Dr. Graf Lambsdorff in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine akute Erdölversorgungskrise nicht zu befürchten sei, als eine Garantieerklärung der Bundesregierung für eine ausreichende Belieferung mit Erdöl auch in den nächsten Jahren ansehen?
28. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung unsere zukünftige Versorgung mit Erdöl und Erdölprodukten angesichts der neuesten Entwicklung im Iran?
29. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, auch Vorsorgemaßnahmen der Art zu treffen, wie sie das US-Energieministerium nach einem Artikel in der Wirtschaftswoche vom 5. Februar 1979 durch die Vorbereitung einer Benzinrationierung und die Ausgabe von Benzinbons an Bankschaltern plant?
30. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Trifft es zu — wie das RWE-Vorstandsmitglied Heinz Heiderhoff in dem Artikel „Steinkohle bremst den Gewinn“ in der „Wirtschaftswoche“ Nr. 5 vom 29. Januar 1979 ausgeführt hat —, daß der Gewinn wesentlich höher wäre, wenn es das Steinkohle — Verstromungsgesetz nicht gäbe, und daß dadurch der Einsatz kostengünstigerer Energien, insbesondere auch von Kernenergie, eingeschränkt werden müßte, und sieht sich die Bundesregierung gegebenenfalls veranlaßt, eine Änderung bzw. Aufhebung des Gesetzes vorzuschlagen?
31. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ihre Subventionen an die Firma Siemens Aktiengesellschaft mit der Auflage bzw. dem Appell zu verbinden, daß sie ihre Betriebe im Zonenrandgebiet nicht schließt (Teuschnitz) bzw. keine Arbeitsplatzreduzierungen (Neustadt bei Coburg) vornimmt?

32. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse und Folgerungen des u. a. von der niedersächsischen Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens über die Abgabenbelastung der erdöl- und erdgasfördernden Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und Nachbarländern bekannt, kann sie diese mitteilen und sich dazu äußern, ob und in welcher Weise die Bundesregierung gegebenenfalls auf die niedersächsische Landesregierung einwirkt, um alsbaldige Verhandlungen zu einer Erhöhung der Förderzinsen bei inländischem Erdöl und Erdgas (Abbau von Wettbewerbsverzerrungen) zu veranlassen?
33. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Über welche Erfahrungen verfügt die Bundesregierung mit der Novellierung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, nach der die Genehmigungspflicht für den Handel und die Weitergabe von Kriegswaffen auch auf die Vermittlung von Kriegswaffen im Ausland ausgedehnt worden ist?
34. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Zahlen über die Auftragseingänge in der Industrie für Dezember bereits am 2. Februar dem Bundeswirtschaftsministerium vom Statistischen Bundesamt gemeldet wurden, die Freigabe der Veröffentlichung dieser Zahlen vom Bundeswirtschaftsministerium aber bis einschließlich 8. Februar nicht erfolgte?
35. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Welche Begründung kann der Bundeswirtschaftsminister gegebenenfalls für diesen Sachverhalt geben, insbesondere weil diese Zahlen für Dezember im Hinblick auf die Debatte über das Gutachten des Sachverständigenrats und des Jahreswirtschaftsberichts von besonderem Interesse gewesen wären?
36. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie die Empfehlungen des Beirats für Tourismus Stellen der Europäischen Gemeinschaft zur Kenntnis gelangen und dort Berücksichtigung finden, und wird sie dafür Sorge tragen, falls noch nicht geschehen, daß das zuständige EG-Referat die Empfehlung des Beirats bezüglich einer Harmonisierung der Mehrwertsteuer im Bereich der Europäischen Gemeinschaften erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Fachleute auf dem Gebiet des Weinbaus große Frostschäden in den deutschen Rebanlagen festgestellt haben, und ist die Bundesregierung schon in der Lage, konkrete Angaben über das Ausmaß der Frostschäden zu machen?
38. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Beschäftigt sich die Bundesregierung mit Überlegungen, um bei existenzgefährdenden Schäden den deutschen Winzern zu helfen, und welche Möglichkeiten dazu sieht sie?
39. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der beabsichtigten Währungsneuordnung in der EG auf die landwirtschaftlichen Betriebe der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|---|
| 40. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung nach der augenblicklichen Rechtslage eine Möglichkeit, für die Besatzungen der Binnenschifffahrt bei oft wochenlangem Warten auf Ladung für diese arbeitslose Zeit die Kurzarbeitsregelung anzuwenden, und wenn nein, welche Regelung schlägt die Bundesregierung vor? |
| 41. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine gemeinsame Ausbildungsordnung für die ländliche und die städtische Hauswirtschaft plant, und wenn ja, aus welchen Gründen werden beide Bereiche zusammengefaßt? |
| 42. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Wieviele Anfragen und Beschwerden hat die Bundesregierung erhalten von Deutschen, die im Ausland leben und seit dem 1. Juli 1977 auf Grund des 20. Rentenanpassungsgesetzes nach § 1317 RVO das Ruhen der Rente hinnehmen müssen? |
| 43. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Wie groß ist der betroffene Personenkreis, in welchen Ländern haben die Betroffenen überwiegend ihren Aufenthalt, und stellt die Bundesregierung Überlegungen an, die Rentenansprüche dieses Personenkreises anderweitig einzulösen? |
| 44. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Arbeitsämter nicht verpflichtet sind, den Eltern bei Erreichung des 18. Lebensjahrs eines Kindes Mitteilung darüber zu machen, daß die Zahlung des Kindergelds eingestellt wird, daß aber andererseits der Nachweis, daß das betreffende Kind noch in der Schul- bzw. einer schulähnlichen Berufsausbildung ist, in kurzen Zeitabständen, zum Teil jedes halbe Jahr, erbracht werden muß? |
| 45. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien dahin gehend zu ändern, daß die Eltern in Zukunft benachrichtigt werden zugleich mit der Übersendung eines Antragvordrucks für die eventuelle Weitergewährung des Kindergelds, bzw. daß die Frist für die rückwirkende Zahlung von höchstens sechs Monaten aufzuheben ist, falls die rechtzeitige Antragstellung versäumt wird und der Anspruch einwandfrei zu Recht weiterbesteht? |
| 46. Abgeordneter
Lattmann
(SPD) | Gedenkt die Bundesregierung, den Gesetzentwurf zur Künstlersozialversicherung laut Bundesratsdrucksache 410/76, wie in der Regierungserklärung zugesichert, unverändert oder in veränderter Form wieder aufzugreifen, und bis zu welchem Zeitpunkt muß das nach Meinung der Bundesregierung geschehen, damit das Gesetz bis zum Ende der 8. Legislaturperiode verabschiedet werden kann? |
| 47. Abgeordneter
Lattmann
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die verfassungsmäßigen Bedenken einiger kultureller Unternehmer gegen die vorgesehene Künstlersozialabgabe und die von einigen an der Vorbereitung der Gesetzgebung Beteiligten hergestellte Verbindung zwischen der Künstlersozialabgabe und der Ausbildungsplatzabgabe nach dem Ausbildungsförderungsgesetz, und hat letzteres überhaupt irgend etwas miteinander zu tun? |

48. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmer bekannt, deren Jahresurlaub der im Bundesurlaubs-gesetz bestimmten Minstdauer von 18 Werktagen entspricht, und kann sie angeben, wie groß die Differenzen zwischen den tariflich nicht geregelten und den tariflich oder gesetzlich geregelten Durchschnittsurlaubszeiten für vergleichbare Altersgruppen in den öffentlichen und gewerblichen Bereichen sind, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Unterschieden?
49. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Streiktage mit wie vielen Beschäftigten es in der Zeit von 1959 bis 1969 und von 1970 bis heute gegeben hat?
50. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung ausreichende Forschungsergebnisse über die gesundheitlichen, gesellschaftlichen, familiären und sonstigen Auswirkungen von Schichtarbeit vor, und auf welchen Gebieten ist die bisherige Forschung unzureichend?
51. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Welche Konsequenzen wurden aus bereits vorhandenen Erkenntnissen über die Auswirkungen von Schichtarbeit gezogen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um negative Folgeerscheinungen zu mindern bzw. auszuschließen?
52. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung — obwohl nach allgemeiner Auffassung „Mutterschaft keine Krankheit“ ist — noch immer für richtig bzw. zumutbar, daß die Krankenversicherten auch weiterhin den größten Teil der Kosten für das für die Zeit des Beschäftigungsverbots nach § 3 (für werdende Mütter) und § 6 (nach der Entbindung) des Mutterschutzgesetzes zu gewährende Nettoentgelt in Form des Mutterschaftsgelds tragen müssen?
53. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wäre es angesichts der seit 1968 (Inkrafttreten des Finanzänderungsgesetzes 1967) zu verzeichnenden Lohnentwicklung und des Steuer- insbesondere Lohnsteueraufkommens nicht in erster Linie gerechtfertigt, den ursprünglichen § 13 des Mutterschutzgesetzes und den § 200a RVO wiederherzustellen, d. h., daß das Mutterschaftsgeld „zu Lasten des Bundes“ zu gewähren und nicht auf höchstens 25 DM je Kalendertag zu begrenzen ist und der Unterschiedsbetrag bis zum Nettoentgelt entsprechend dem internationalen Übereinkommen Nr. 103 nicht allein vom Arbeitgeber zu tragen ist, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?
54. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß hinsichtlich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit bei den Arbeitsämtern noch keine entsprechenden Formulare für die Bearbeitung von Anträgen in den einzelnen Arbeitsämtern vorliegen?
55. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Werden bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen alle Arbeitsämter und ihre Nebenstellen im Bundesgebiet verwaltungstechnisch so ausgestattet, daß entsprechende Anträge unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte sofort bearbeitet werden können?

56. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in bezug auf die Erhöhung des monatlichen Bundeszuschusses zur Krankenversicherung der Studenten der Auffassung, daß bei der Weitergabe eines Pfennigs an ihre Kunden den privaten Kassen und den damit Versicherten durch damit zwangsläufig verbundene unrationelle Verwaltungsvorgänge ein Mehr an Kosten entsteht, so daß man von einer „sinnlosen Wohltat“ sprechen kann (vgl. Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. Januar 1979), und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

57. Abgeordneter
Dr. Wörner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die fortlaufende Verstärkung der sowjetischen Militärmacht in Europa u. a. durch die Mittelstreckenraketen SS-20, die wachsende Zahl der Back-Fire-Bomber und die steigenden Angriffskapazitäten der sowjetischen Panzerarmeen defensiv ist?
58. Abgeordneter
Dr. Wörner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es lediglich eine Philosophie z. B. im Zusammenhang mit dieser WINTEX-Übung 79 gibt, als ob von der Sowjetunion her etwas drohe?
59. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach amerikanischen Erkenntnissen die sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20 ausschließlich auf Ziele in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind und bei einer Reichweite von 4000 Kilometern die Zielgenauigkeit bei weniger als 100 Meter liegt, und bekommt hier bejahendenfalls nicht die These des französischen Verteidigungsexperten Piere Gallois Wirklichkeitscharakter, die Sowjets könnten mit einer Bedrohung und notfalls gezielten Vernichtung ausschließlich nicht amerikanischen Militärpotentials die USA von ihren Bündnispartnern trennen und dann mit Amerika eine „Neuordnung in Europa“ aushandeln?
60. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich der Gästekreisl in den Soldatenheimen heute in der Regel nur noch bis maximal 10 v. H. aus Bundeswehrangehörigen zusammensetzt und der Rest auf die Zivilbevölkerung entfällt, und wie vereinbart sich dieses Verhältnis gegebenenfalls mit dem ursprünglichen Grundgedanken der Soldatenbetreuung, für die das Bundesverteidigungsministerium zinslose Darlehen für die Bauinvestitionen der Soldatenheime gewährt und die vollen Kosten für die Bauunterhaltung trägt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

61. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Gehört es zum Aufgabengebiet des „Gesamtdeutschen Instituts“, „Informationsmaterial über die deutschen Ostgebiete unter polnischer und sowjetischer Verwaltung“ zur Verfügung zu stellen, und wenn nein, warum nicht, obwohl sich das Institut „Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ nennt?

62. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen den regierungsamtlichen Aussagen, daß die „DDR“-Organe „... Personen, die nach ihrem Recht Straftaten gegen das Leben, vorsätzliche Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit des Menschen oder schwere Straftaten gegen Eigentum und Vermögen begangen haben“ nur zurückweisen dürfen, und den jetzt notwendigen Korrekturen, daß der in Frage kommende Personenkreis vorher Erkundigungen bei den Dienststellen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen einholen solle, und wenn ja, wie erklärt sie ihn?
63. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung gegen den offensichtlichen Bruch des Transitabkommens durch die Festnahme eines solchen Straftäters Protest eingelegt, und welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, wenn diese Person nicht unverzüglich freigelassen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

64. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Ist sichergestellt, daß bei der Gewährung von Nahrungsmittelhilfe im bilateralen Weg an Staaten der Dritten Welt die Verfrachtung nicht auf Schiffen der Ostblockstaaten erfolgt, damit der Eindruck vermieden wird, es handele sich um eine von den Ostblockstaaten finanzierte Hilfe?
65. Abgeordneter
Dr. Köhler (Wolfsburg)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach im Winter 1977/78 als Geschenk der Bundesregierung an die Regierung von Somalia 2 700 Kubikmeter Fahrzeuge durch Einschaltung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit auf Ostblockschiffen verfrachtet worden sind und daß dabei die deutsche Speditionsfirma Schenker & Co. die Fracht zu einer Rate vermittelt hat, die 30 Prozent unter den üblichen Frachtraten lag?
66. Abgeordneter
Dr. Köhler (Wolfsburg)
(CDU/CSU) Rechtfertigen gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung die auf diese Weise erlangten Kostenvorteile die Vernachlässigung der besonderen politischen Brisanz dieses Frachtwegs?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

67. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es eine schwache Stelle der westdeutschen außenpolitischen Präsentation gibt?
68. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls diese schwache Stelle in Bundesaußenminister Genscher und seiner Methode?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

69. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen die östliche Seite etwas zum besseren geändert hat in ihren Vorstellungen, aber man nichts entsprechendes vom Westen hört?

70. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Mitglieder von Delegationen der MBFR-Truppenabbaugespräche in Wien die deutsche Verhandlungsdelegation als bremsenden Faktor bezeichnet haben, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Meinung?
71. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, daß Freiheitsbewegungen in Europa nicht unterstützt werden sollen, weil dies den Weltfrieden gefährdet, wohingegen eine Unterstützung von Befreiungsbewegungen in anderen Teilen der Welt nicht nur humanitär, sondern auch politisch und wirtschaftlich erfolgen soll?
72. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß eine solche Hilfe den bewaffneten Kampf erleichtert, und sieht sie darin gegebenenfalls den Sinn einer Unterstützung?
73. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Gewalt gegen Zivilpersonen und Terror zur Einschüchterung der Bevölkerung — wie die Ermordung von Frauen und Kindern oder Missionaren bzw. die Entführung von Schulkindern — sich mit dem Widerstandsrecht gegen einen ungerechten Staat rechtfertigen lassen, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
74. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Leistet die Bundesregierung humanitäre Hilfe als Erleichterung des bewaffneten Kampfes an „Befreiungsbewegungen“, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies mit dem außenpolitischen Grundsatz des Gewaltverzichts für vereinbar?
75. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung politisch oder materiell sogenannte Befreiungsbewegungen, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staats?
76. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung sogenannte Befreiungsbewegungen, die nach eigenen Aussagen in erster Linie für die Erringung der Macht und nicht für demokratisch legitimierte Regierungen kämpfen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die Unterstützung solcher Organisationen, wenn sie nicht für sich glaubhaft den Anspruch erheben können, für Menschenrechte und „Befreiung“ zu kämpfen?
77. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien sind für die Bundesregierung im Fall der politischen, moralischen bzw. humanitären Unterstützung von sogenannten Befreiungsbewegungen maßgebend?
78. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Unterstützung von sogenannten Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika im bewaffneten Kampf zugleich eine Unterstützung der Politik Moskaus und Ost-Berlins, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Umstand?

79. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine politische, moralische und humanitäre Unterstützung von Personen und Gruppen, die für die Verwirklichung von Menschenrechten kämpfen, dann nicht erfolgen soll, wenn sie in der „DDR“ oder in dem Macht- und Einflußbereich der Sowjetunion kämpfen, weil eine solche Unterstützung den Frieden gefährde?
80. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) Welche Bedeutung besitzt für die Bundesregierung die Tatsache, ob eine Organisation oder Gruppierung mit oder ohne Gewalt für die Verwirklichung von Menschenrechten in anderen Staaten kämpft?
81. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung direkt oder indirekt, bilateral oder multilateral, Personen oder Gruppierungen, die nach ihren eigenen Aussagen für die Verwirklichung der Menschenrechte unter Anwendung von Gewalt kämpfen, seit 1969 unterstützt, und wenn ja, in welchem finanziellen Umfang und gegenüber welchen Ländern?
82. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie hoch war im Vergleich hierzu eine Unterstützung für Personen und Gruppierungen, die nur mit friedlichen Mitteln für diese Ziele kämpfen?
83. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Regierungen jener Staaten, aus welchen Deutsche vertrieben wurden, um ihre Mithilfe bei einer objektiven Dokumentation der Vertreibung und bei der Feststellung und Verfolgung von Verbrechenstaten zu ersuchen, die im Zusammenhang mit der Vertreibung begangen wurden?
84. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem Appell des UN-Generalsekretärs nachzukommen, in dem die Regierungen der Welt zu freiwilligen Beiträgen für jenes Expertengremium der Vereinten Nationen aufgefordert werden, das den Auftrag hat, Forschungen über den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklungshilfe weltweit in Gang zu setzen und zu fördern, und falls die Bundesregierung bisher nichts unternommen hat, warum nicht?
85. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, einen Beitrag zu dem vom Generalsekretär der Vereinten Nationen inzwischen eingerichteten Abrüstungsforschungsfonds (Disarmament Project Fond) beizusteuern, und kann die Bundesregierung darlegen, welche Mittel sie 1977 und 1978 für Forschungsprojekte in diesem Bereich (Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung) zur Verfügung gestellt hat?
86. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche religiösen Elemente beeinflussen nach Meinung der Bundesregierung die Entwicklung im Iran, und sind diese in den Analysen für die Gestaltung unserer Außenpolitik bisher genügend eingeschätzt und vor der deutschen Öffentlichkeit vertreten worden?
87. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung 1979 an 30 Entwicklungsländer „Gebrauchtmateriale aus Beständen der Bundeswehr und neue Rüstungsgüter aus der Fertigung der deutschen Industrie“ im Wert von 150 Millionen DM liefern will (Frankfurter

- Rundschau 15. Dezember 1978), und inwieweit stehen solche Lieferungen gegebenenfalls im Einklang mit den Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen vom 16. Juni 1971?
88. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Trifft es zu, daß die Firma MBB (München) 1900 Panzerabwehrraketen vom Typ „Mamba“ an Chile geliefert hat (Stern 5/1979, Seite 154 f.)?
89. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Hat die Bundesregierung die Waffenlieferung genehmigt?
90. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Sind jetzt veröffentlichte Berichte zutreffend, die Bundesregierung habe 1972/73 den Export von 5 000 Schnellfeuergewehren nach Chile genehmigt (Deutsche Zeitung vom 15. Dezember 1978), und wie wurde gegebenenfalls dieses Exportgeschäft als Durchbrechung des Grundsatzes der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen vom 16. Juni 1971 begründet?
91. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) In welchem konkreten Fall hat die Bundesregierung im Jahr 1978 den Export von Kriegswaffen in Nicht-Nato-Länder genehmigt, und aus welchen Gründen sind Ausnahmegenehmigungen gemäß den Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen vom 16. Juni 1971 erteilt worden?
92. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Wird die Bundesregierung die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erforderliche Genehmigung für den Export von Fregatten nach Argentinien erteilen, und wie würde sich eine solche Entscheidung mit dem Grundsatz der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen vom 16. Juni 1971 vertragen?
93. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Für welche noch nicht abgeschlossenen Waffengeschäfte nach dem Iran hat die Bundesregierung Exportgenehmigungen erteilt, und in welcher Höhe sind diese Geschäfte durch Hermes-Bürgschaften abgesichert?
94. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Trifft es zu, daß von deutscher Seite mit der nigerianischen Regierung über den Export des Kampflugzeugs Alpha-Jet verhandelt worden ist (Le Monde vom 14. Januar 1979), und wird die Bundesregierung ihre Grundsätze für den Export von Kriegswaffen vom 16. Juni 1971 in diesem Fall einhalten?
95. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Sind Pressemitteilungen zutreffend, wonach von den Vereinigten Staaten von Amerika Druck auf die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt wurde, um den Export einer Schwerwasseranlage nach Argentinien zu verhindern, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

96. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, „daß die Grenzen von 1937 nur auf solchen Karten angegeben werden sollen, wo es erforderlich ist, z. B. bei historischen Darstellungen“ (deutsch-polnisches Kolloquium Hans Rissen 9./10. November 1978), und wie stimmt diese Meinung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 überein?
97. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Wieviel Fahrzeuge des Technischen Hilfswerks sind allradgetrieben, wieviel verfügen nur über Zweiradantrieb, und welche Erfahrungen hat das Technische Hilfswerk bei den jüngsten Wintereinsätzen z. B. in Norddeutschland hinsichtlich der Verwendbarkeit von nicht allradgetriebenen Fahrzeugen gemacht?
98. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Technische Hilfswerk häufig von den Gemeinden aus dem Grund nicht um Hilfe gebeten worden ist, weil es seine Einsätze im Unterschied z. B. zu DLRG, Bundeswehr und Feuerwehr einzeln abrechnen muß?
99. Abgeordnete
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich Standesämter bei der Eheschließung einer Deutschen mit einem Mohammedaner ein Formblatt mit ausländer- und zivilrechtlichen Belehrungen unterschriftlich bestätigen lassen, und wer für dessen inhaltliche Abfassung verantwortlich zeichnet?
100. Abgeordnete
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß dieses Informationsblatt künftig wertfrei formuliert und im übrigen auch den betroffenen Ehepartnern spätestens bei der Aufgebotsbestellung durch den Standesbeamten ausgehändigt wird?
101. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wann und in welcher Höhe gedenkt die Bundesregierung die Jubiläumszuwendungen zu erhöhen, die durch die Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter des Bundes in der Fassung vom 7. Mai 1965 (BGBl. I S. 411) — also vor fast 14 Jahren — festgelegt worden sind?
102. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, dem Deutschen Bundestag und damit der Öffentlichkeit einen umfassenden Bericht über Ursprung, Ablauf und Umfang der Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und der dabei erlittenen Verluste an Menschenleben vorzulegen?
103. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Fördert die Bundesregierung außer bei der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz auch Spitzensportler in anderen Dienststellen des Bundes, z. B. beim Bundeskriminalamt, durch die Gewährung von Sonderurlaub zu Wettkämpfen und Lehrgängen?
104. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Hält die Bundesregierung einen Ausbau der Förderung von Spitzensportlern im Bundesdienst für erreichbar und erstrebenswert?

105. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß weitere Pläne zum Ausbau der Kernenergie in Baden-Württemberg gegenwärtig unverantwortlich und leichtfertig seien, weil den Schutz- und Sicherheitsinteressen der Bevölkerung hinsichtlich einer weltweit ungelösten Entsorgung nicht entsprochen werden könne, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
106. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Gründe haben dazu geführt, daß der erste Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz (Drucksache 8/2460) nicht als Broschüre im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung gedruckt wird, damit dieser auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann?
107. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung in den Ländern und Gemeinden von ausländischen Arbeitnehmern unterschiedliche Unterlagen – und gegebenenfalls welche – verlangt werden?
108. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die unterschiedliche Handhabung der neu eingeführten Verwaltungsvorschriften für die ausländischen Arbeitnehmer sich teilweise eher als Verschlechterung auswirkt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, hier für Abhilfe zu sorgen?
109. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie hat sich der Appell des Bundesarbeitsministers zur Bereitstellung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen bei den Bundesbehörden und Bundesunternehmen ausgewirkt?
110. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, dem Deutschen Bundestag Zugriff auf ihre Datenbanken zu gewähren?
111. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Was kann die Bundesregierung dazu beitragen, die bisher bestehenden Möglichkeiten, die Kontrollfunktion ihr gegenüber wahrzunehmen, zu erweitern?
112. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Regelung im Beamtenversorgungsgesetz, wonach Beamtenwitwen mit vier und mehr Kindern relativ geringere Hinterbliebenenbezüge beziehen als eine Witwe mit drei und weniger Kindern, ungerecht ist, und was beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls hiergegen zu unternehmen?
113. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die gegenwärtig in der Öffentlichkeit unter Bezugnahme auf ein Gutachten der physikalisch-technischen Bundesanstalt zitierte vielfach stärkere Strahlenbelastung durch Kohlekraftwerke in Vergleich zu Kernkraftwerken im Normalbetrieb unter dem Gesichtspunkt der Belastung lebender Organismen methodisch vergleichbar?
114. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den in den letzten Wochen aufgedeckten Spionagefällen zu?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

115. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bei der Erstellung des Entwurfs eines Sozialgesetzbuchs — Jugendhilfe — (Bundesratsdrucksache 517/78) entsprechend der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien Teil II (GGO II) im Hinblick auf die sprachliche Klarheit und Verständlichkeit die Gesellschaft für deutsche Sprache beteiligt?
116. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Empfehlungen des Rechtsausschusses des Bundesrats vom 11. Dezember 1978 (Bundesratsdrucksache 517/1/78 Nr. 41) zur Prüfung, ob die im Gesetzentwurf enthaltenen Begriffe „soziales Umfeld“, „Konfliktverarbeitung“, „soziale Problemgebiete“ durch verständliche Begriffe der deutschen Sprache ersetzt werden können, für berechtigt?
117. Abgeordnete
Frau Geier
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Einkommensgrenzen für den Kindergeldanspruch von in Ausbildung stehenden Kindern von 750 DM brutto und bei unterhaltsgeldberechtigten Kindern von 580 DM noch für angemessen, nachdem diese Einkommensgrenzen bereits seit Anfang 1976 gelten?
118. Abgeordnete
Frau Geier
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, diese Einkommensgrenzen anzuheben, gegebenenfalls ab wann?
119. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wird die Bundesregierung den Fall von Milchverseuchung im hessischen Ried zum Anlaß nehmen, eine Gesamtverzehruntersuchung durchführen zu lassen, um die Gesamtbelastung der Bürger durch Pestizide in der Nahrung feststellen zu lassen, und wird sie die dafür notwendigen Finanzmittel und Personalstellen kurzfristig bereitstellen?
120. Abgeordnete
Frau Dr. Matiny-Glotz
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die Verordnung zum Zulassungsverfahren von Arzneimitteln und die dazu gehörende Kostenordnung fertigstellen und erlassen, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die erste fertiggestellte Transparenzliste für Arzneimittel allen Ärzten zur Kenntnis zu bringen?
121. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Programm der vom Bund geförderten Schwangerschaftsmodellberatungsstellen in Baden-Württemberg gemacht, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß nach Auslaufen des Programms alle derzeitigen Träger dieser Bundesmodellberatungsstellen in Baden-Württemberg ihre Beratungen auch künftig fortsetzen können?
122. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Sind in den von der Bundesregierung angegebenen Kosten für die Broschüre „Jugendhilfe — der Gesetzentwurf: Mehr Hilfe — weniger Eingriffe“ auch die Kosten für Konzept und Atelier enthalten, und wenn nicht, wie hoch belaufen sich diese?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

123. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung in den letzten Monaten unternommen, um eine bundesrechtliche Regelung für ein baldiges Verbot der lärmintensiven Flugzeuge zu erreichen?
124. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU) Wie ist der gegenwärtige Stand der Bemühungen der Bundesregierung, um mit den Regierungen der EG-Staaten eine europäische Regelung nach amerikanischem Vorbild für ein Verbot des lärmintensiven Fluggeräts zu vereinbaren, und welche Erfolgsaussichten gibt es für welchen Zeitpunkt?
125. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, aus welchen Gründen es heutzutage im Gegensatz zu früher speziell in unseren Städten nicht mehr möglich ist, mit Sand, Sägemehl, Asche und ähnlichen abstumpfenden Mittel zu streuen, die wesentlich umweltfreundlicher sind als die zunehmend verwendeten Salze und chemischen Mittel?
126. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Gibt es Fälle, daß geplante Straßenbaumaßnahmen, die in den Bedarfsplänen für den Ausbau der Bundesfernstraßen in die 1. Dringlichkeit eingestuft waren, bei der späteren Fortschreibung des Bedarfsplans wegen einer Änderung der Verkehrsstruktur, des Verkehrskonzepts oder aus sonstigen Gründen erheblich geändert worden sind (z. B. durch Umstufung von Bundesautobahn zur Bundesstraße) bzw. eine geringere Dringlichkeit erhalten haben oder als Vorhaben ganz aus dem Bedarfsplan herausgenommen worden sind, und um welche Fälle und Gründe (gegebenenfalls beispielhaft) handelt es sich?
127. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch ist die Zahl der geleisteten Überstunden bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost im Jahr 1978?
128. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Klage der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e. V., die eine nachdrückliche Verfolgung von lärmnachteiligen Flugroutenabweichungen in der Bundesrepublik Deutschland vermißt und zur einheitlichen Kontrolle der Einhaltung der An- und Abflugrouten daher zumindest die „Installation von wirksamen Flugwegüberwachungsanlagen für alle Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik Deutschland fordert“?
129. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Forderung der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e. V., daß der Bundesverkehrsminister aufgefordert wird, „in Ergänzung der Richtlinien über Einrichtung und Betrieb von Fluglärmmeßanlagen für Verkehrsflughäfen anzuordnen, daß Betrieb, Meßwertverarbeitung und -auswertung sowie Ermittlung des Beurteilungspegels einheitlich für alle Verkehrsflughäfen nach den maßgeblichen deutschen Normen erfolgen müssen“?

130. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung die Auffassung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, daß, wie diese mir mit Schreiben vom 24. Januar 1979 auf Anfrage mitgeteilt hat, die Ergebnisse der Untersuchungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs der Deutschen Bundesbahn als innerbetriebliche Arbeitspapiere nicht weitergegeben werden können — demnach auch nicht an Mitglieder des Deutschen Bundestags —, und wie sollen sich bejahendenfalls nach Auffassung der Bundesregierung Abgeordnete ohne Kenntnis dieser Untersuchungen ein Bild von den Plänen der Deutschen Bundesbahn zur Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße machen?
131. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika offiziell davon unterrichtet worden, daß die amerikanische Postverwaltung seit 1978 die Beförderung von Briefen in die Bundesrepublik Deutschland mit der Adresse "Germany" ablehnt mit dem aufgestempelten Hinweis „Return to sender, address must indicate East or West Germany“?
132. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ersuchen, den Post Master General auf die richtige Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen?
133. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Welche Poststellen I und II im Bereich des Hochtaunuskreises sollen, nachdem bereits der Verwaltungsdienst der Postämter Usingen und Oberursel nach Bad Homburg verlegt wurde, im Rahmen der weiteren Neuorganisation des Postdienstes in welchem Umfang verkleinert bzw. aufgelöst werden, und wie gedenkt die Deutsche Bundespost, einen Leistungsabbau zu verhindern?
134. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Käufer bzw. Erwerber von Tonrundfunkempfängern darauf hinzuweisen, daß der Erwerb und der Betrieb von Tonrundfunkgeräten, die den Empfang nicht genehmigter Frequenzbereiche ermöglichen, strafbar ist?
135. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wieso ist es zulässig, daß UKW-Geräte, deren Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland nicht erlaubt ist, frei und ohne entsprechende Aufklärung verkäuflich sind, und gedenkt die Bundesregierung, durch eine gesetzgeberische Initiative Abhilfe anzustreben?
136. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Postgewerkschaft in Dienststellen, wie z. B. dem Fernmeldeamt Essen, die Unterschriftenliste für die Personalratswahl in der Weise präpariert, daß alle Namen der Beschäftigten der jeweiligen Gruppe einer Dienststelle — obenan der Stellenvorsteher — in der Reihenfolge der amtlichen EDV-Listen mit Dienstbezeichnung eingetragen werden, so daß der zur Unterschrift Angesprochene nur noch an der für ihn vorgesehenen Stelle seine Unterschrift einzutragen braucht, und welche Folgerungen zieht sie daraus, falls sich dies ihrer Ansicht nach nicht mit dem § 19 des Personalvertretungsgesetzes vereinbaren läßt, wonach der Personalrat in geheimer Wahl gewählt werden soll?

137. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung für diesen Fall die Auffassung, daß bei solcher Art der Unterschriftensammlung ein psychologischer Druck der betroffenen Gewerkschaft auf die Angehörigen der Dienststellen unverkennbar und damit das Grundrecht der Koalitionsfreiheit in unzulässiger Weise eingeschränkt wird, und wird sie sich gegebenenfalls um Abhilfe bemühen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | Welchen sachlichen und finanziellen Beitrag leistet die Bundesregierung zu der von der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in Auftrag gegebenen VN-Studie von Regierungsexperten über Abrüstung und Entwicklung? |
| 2. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) | An welchen weiteren Bemühungen, durch Abrüstungsmaßnahmen einen Beitrag zur Entwicklungshilfe zu leisten, beteiligt sich die Bundesregierung? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Trifft es zu, daß die Anerkennungsrate bei osteuropäischen Flüchtlingen seit 1976 von ca. 73 v. H. auf 40 v. H. in 1978 zurückgegangen ist, und worauf führt die Bundesregierung dies gegebenenfalls zurück? |
| 4. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Welche Einzelmaßnahmen (z. B. Entsendung von Fachberatern) hat die Bundesregierung im Rahmen der sogenannten Sportentwicklungshilfe durch den „interministeriellen Ausschuß“ im Jahr 1978 gefördert, und welche Mittel wurden für die einzelnen Maßnahmen bereitgestellt? |
| 5. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Welche Mittel und für welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung im Jahr 1979 für die sogenannte Sportentwicklungshilfe zur Verfügung? |
| 6. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Über welche Mittel und für welche Maßnahmen hat der „interministerielle Ausschuß“ bereits Entscheidungen für das laufende Jahr getroffen? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Gibt es einen Widerspruch zwischen der Leserzuschrift von Staatsminister Dr. von Dohnanyi in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. Februar 1979 einerseits, den Erklärungen des Botschafters bei den UN vor deren Generalversammlung (Bulletin vom 14. Dezember 1978), bestätigt durch die Grundsatzerklärung des Außenministers vor der Unesco am 30. Oktober 1978, andererseits, wonach Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem engen Zusammenhang miteinander stehen, und auf welche „wenigen Gesprächspartner im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft“ beruft sich der Staatsminister öffentlich (Frankfurter Allgemeine Zeitung), die seinen „Überlegungen nicht zustimmen“? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung es dem allgemeinen Grund nach für ein nachahmenswertes Beispiel, daß der amerikanische Kongreß im Sommer vorigen Jahrs im US-Auslandshilfegesetz (Foreign Assistance Act) u. a. Auslandshilfe davon abhängig gemacht hat, daß die Menschenrechte der gesamten Bevölkerung, z. B. in Zypern, in vollem Umfang gewahrt werden? |

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Botschaft der Volksrepublik Polen, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die um Unterstützung bei der Familienzusammenführung bitten, darüber belehrt, daß eine Familienzusammenführung „in beschleunigter Weise“ dadurch zustande kommen kann, daß die Volksrepublik Polen sich bereit erklärt, eine Rückreise von Familienangehörigen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen beschleunigt zu behandeln? |
| 10. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß in der letzten Zeit wiederholt kritisiert worden ist, den Regierungen der OECD-Länder fehle der politische Wille, die Leitlinien der OECD für die multinationalen Gesellschaften von 1976 in die Praxis umzusetzen, und wie steht sie zu dieser Kritik? |
| 11. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Verabschiedung der Richtlinien getroffen, um ihnen in der Praxis Geltung zu verschaffen? |
| 12. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß es keine Information über Verbesserungen der Verwaltungspraktiken bei der Kontrolle multinationaler Unternehmen gibt, und daß die Beachtung der Richtlinien nicht kontinuierlich überwacht wird, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Versorgung der sog. nachgeheirateten Witwen durch Gewährung des vollen Witwengelds zu verbessern, wie es bereits im Regierungsentwurf des Gesetzes über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern vom 26. August 1974 (Drucksache 7/2505) vorgesehen war? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Welche Gründe verzögern den Baubeginn der künftigen Grenzschutzunterkunft in Wiesbaden (Fort Biehler), und welche Aufgabe soll diese Unterkunft im Rahmen welchen Grenzschutzkommandos erhalten? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | In welchem Stadium des Ausbaus befindet sich die künftige Grenzschutzunterkunft Bad Schwalbach, und welche Aufgabe soll sie nach Fertigstellung (wann) erhalten? |
| 16. Abgeordneter
Dipl.-Ing. Jung
(FDP) | Liegen der Bundesregierung Informationen über Abwässerreinigung durch Mikroorganismen vor, insbesondere bei starken Öl- und Phosphatrückständen? |
| 17. Abgeordneter
Dipl.-Ing. Jung
(FDP) | Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, die in den USA gemachten Erfahrungen mit den Mikroben <i>Acinetobacter Phosphatovorans</i> darauf zu prüfen, ob sie auf deutsche und europäische Gegebenheiten anwendbar sind? |

18. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Trifft es zu (wie z. B. die Buerische Zeitung vom 24. Januar dieses Jahrs berichtet), daß auf Anordnung des Bundesinnenministeriums (AZ Z/4 — 902150 — 1/1) den Erben verstorbener Bundesgrenzschutzbeamter ausstehender Lohn für geleistete Überstunden nicht ausgezahlt werden soll, falls die geleistete Mehrarbeit innerhalb absehbarer Zeit nach dem Tod des Beamten durch Dienstbefreiung hätte ausgeglichen werden können, falls er nicht verstorben wäre?
19. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Hält die Bundesregierung gegebenenfalls eine solche Regelung für moralisch vertretbar?
20. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Hinterbliebenen eines unter das Gesetz zu Artikel 131 GG fallenden ehemaligen Angehörigen des öffentlichen Dienstes einen Anspruch auf Zahlung einer Hinterbliebenenpension nach diesem Gesetz in Verbindung mit dem Bundesbeamtengesetz nur unter der Auflage geltend machen können, daß sie für ihre Person einen Spruchkammerbescheid nach dem Entnazifizierungsgesetz vom 5. März 1946 vorlegen und für den Fall, daß eine Kategorisierung nicht erfolgt ist eine besondere Erklärung über ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen abgeben, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Entnazifizierungsfrage mehr als 30 Jahre nach Kriegsende allein bei der Gruppe der Versorgungsberechtigten nach dem G 131 noch eine existenzentscheidende Antwort erfordert?
21. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Verwaltungspraxis unter dem Gesichtspunkt der Herstellung gleicher Rechte für alle Versorgungsempfänger zu ändern, und wird sie gegebenenfalls eine entsprechende Initiative ergreifen?
22. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß auf Grund des Beschlusses des Bundeskabinetts vom 17. Dezember 1975, durch den die Einkommensgrenze bei der Gewährung von Fahrkostenzuschüssen im öffentlichen Dienst auf 1 781 DM monatlich festgeschrieben wurde, geringfügige Besoldungsanhebungen den Wegfall des Fahrkostenzuschusses bis zu 100 DM monatlich und damit weitaus größere Einkommensvermindierungen zur Folge haben?
23. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diesen Beschluß zu überprüfen und die bis Ende 1975 geltende regelmäßige Fortschreibung der Einkommensgrenze im Interesse der unteren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst wieder einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

24. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wann ist mit einer Anpassung der Entschädigung für Beisitzer bei Gerichten (Arbeits-, Sozial-, Straf- und Verwaltungsgerichten) und mit einer Grundsatzregelung im Hinblick auf eine Weiterzahlung des Lohns durch den Arbeitgeber für die dadurch ausfallenden Stunden zu rechnen, damit die Arbeitnehmer keine Einbußen bei der Sozialversicherung erleiden?

25. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Ist es mit den Belangen der inneren Sicherheit zu vereinbaren, wenn das Deutsche Patentamt an jedermann gegen eine Fotokopiergebühr von 6,50 DM die US-Patentschrift Nr. 2 606 107 „Incendiary Gels“ über die Zusammensetzung und Herstellung von Napalm ausgehändigt, aus der auch jeder Terrorist entnehmen kann, wie Napalm „einfach und schnell hergestellt“ werden kann?
26. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Welche kriminalpolitische Bedeutung hat dann § 130a StGB, der die Verbreitung von Schriften mit Anleitungen zu strafbaren Handlungen unter Strafe stellt, wenn ausführliche Anleitungen über den Bau von Handgranaten, Tellerminen, Feuerwerfern und zur Herstellung von Nervengas, Napalm und ähnlichen gemeingefährlichen Massenvernichtungsmitteln von jedermann wohlfeil aus dem Deutschen Patentamt bezogen werden können?
27. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Trifft es zu, daß unter die Geheimhaltungsbestimmungen des Patentrechts (§§ 30a ff. des Patentgesetzes) nur solche Anmeldungen fallen, die für die Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten geheimhaltungsbedürftig sind, während Fragen der inneren Sicherheit für die Geheimhaltung offenbar keine Rolle spielen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Trifft es zu, daß Ablösesummen für Bundesligaspieler von werbetreibenden Firmen als imaginäres Wirtschaftsgut im Anlagevermögen bilanziert und abgeschrieben werden können (Pressemeldung vom 7. Februar 1979), und wenn ja, welche Gründe gibt es dafür?
29. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Beruht diese Regelung gegebenenfalls auf einem bundeseinheitlichen Rahmenerlaß bzw. einer Weisung, und wo sind solche Erlasse/Richtlinien/Weisungen veröffentlicht?
30. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wird die Bundesregierung bei ihren Überlegungen zur Reform der Grunderwerbsteuer auch dem Umstand Rechnung tragen, daß die bisherigen Freigrenzen für Eigenheime in Anbetracht der Kostenentwicklung zunehmend überschritten werden?
31. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche indirekten (z. B. steuerlichen) Maßnahmen der Forschungsförderung bestehen z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland?
32. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welcher Mittelaufwand bzw. Einnahmeverlust der öffentlichen Haushalte ergab sich daraus?
33. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Kann nach Auffassung der Bundesregierung die ab 1. Januar 1980 mögliche steuerliche Absetzbarkeit von Fremdbetreuungsaufwendungen für Kinder (§ 33 Abs. 3 EStG) auch denjenigen Eltern zugutekommen, die ihre Kinder durch private Musikpädagogen (Freiberufler) musisch unterrichten lassen, und ist die Bundesregierung bereit, in den noch zu

erstellenden Verwaltungsanordnungen zu § 33 Abs. 3 EStG klarzustellen, daß die Unterrichtsentgelte für private Musikpädagogen von den Eltern als Fremdbetreuungsaufwendungen bis zur vorgesehenen Höhe steuerlich abgesetzt werden können?

34. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Gesamtbetrag, der sich aus der 8prozentigen Zulage aus Mitteln der öffentlichen Hand — aufgeschlüsselt nach Bundes- und Landesanteil — zum Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in Berlin ergibt?
35. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wurden die steuerlichen Abschreibungsregeln über die Bewertung mit dem niedrigeren Teilwert (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 EStG) oder über die Absetzungen für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 Satz 4 EStG) — vgl. hierzu die Antwort auf die schriftliche Frage Nr. B. 49, Fragestunde 7./8. Februar 1979 — für kerntechnische Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland bereits in Anspruch genommen, und wie hoch war dabei die Anzahl der Fälle?
36. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Welche Position nimmt die Bundesregierung gegenüber der These des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzminister ein, nach der für staatliche Schuldenpapiere überhöhte Zinsen zum Vorteil der Banken bezahlt werden, die nach Beiratsmitglied Littmann zunächst ihre eigenen Papiere am Kapitalmarkt anbieten?
37. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt, einem freigemeinnützigen Alten- und Pflegeheim die Gemeinnützigkeit teilweise zu versagen, wenn das Heim bei einem Teil der Plätze alte oder pflegebedürftige Menschen nur vorübergehend aufnimmt, und wenn nein, wird die Bundesregierung die zuständigen Finanzbehörden entsprechend unterrichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

38. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundeswirtschaftsminister festgestellt hat, daß Streikverluste nicht zu Lasten der Steuerzahler sozialisiert werden dürfen, und ist dies gegebenenfalls so zu verstehen, daß der Fortfall des Arbeitseinkommens durch Streikteilnahme oder Betroffenheit durch Aussperrung, ohne daß dieser ganz oder teilweise durch Zahlung von Gewerkschaftsseite ersetzt wird, nicht durch Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz aus Steuermitteln ausgeglichen werden darf?
39. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung auf Grund der ihr vorliegenden Informationen die Meldung bestätigen, daß während des jüngsten Streiks in der Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland die Stahlkonzerne in Schweden, Frankreich, Italien und anderen Ländern kurzfristig jene Produkte geliefert haben, die durch den Streik in der deutschen Stahlindustrie ausfielen?

40. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, mit Nachdruck auf den Abschluß eines Schuldenabkommens auch für die nicht-bundesverbürgten Forderungen, das allein die notwendige Sicherheit für deutsche Firmen im Wirtschaftsverkehr mit der Türkei gewährleistet, hinzuwirken?
41. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Türkei keine Maßnahmen zum Abbau von Transferrückständen ergreift, obwohl sie anlässlich der bilateralen Umschuldungsverhandlungen, die am 15. September 1978 zu einem Schuldenabkommen führten, zugesichert hatte, auch nicht Hermes gedeckte Forderungen deutscher Firmen zu regeln, für die von den türkischen Kunden ordnungsgemäße Transferanträge bei ihrer Zentralbank gestellt wurden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

42. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Mit welchen Förderungsmaßnahmen des Bundes konnte und kann die deutsche Fischerei rechnen, und in welchem Maß wurde und wird von diesem Angebot Gebrauch gemacht?
43. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Wie war die Versorgung mit Fisch auf dem deutschen Markt im Jahr 1978, und welche Prognosen können für 1979 gestellt werden?
44. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die jüngst bekannt gewordenen Pläne der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die sogenannte Erzeugerabgabe für die milcherzeugende Landwirtschaft in der EG, und wie beurteilt sie deren Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft?
45. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung im Fall einer Verwirklichung der Pläne der EG-Kommission zur Anhebung der sogenannten Erzeugerabgabe dafür Sorge tragen, daß die milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe in Gebieten, wo aus Gründen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit keine Alternative zur Milcherzeugung gegeben ist, dadurch nicht noch stärker als bisher betroffen werden, oder wird sie diesen Betrieben einen geeigneten Ausgleich für diese Belastungen beschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter
Russe
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, aus der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf, Beschluß vom 9. November 1978 — 22 Ta BV 73/78, veröffentlicht in DB 1979, Seite 104 ff., das § 5 Abs. 3 Nr. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) (Leitende Angestellte) für verfassungswidrig hält, hinsichtlich einer Änderung des § 5 Abs. 3 Nr. 3 BetrVG nunmehr doch Konsequenzen zu ziehen, nachdem die Bundesregierung auf meine Anfrage vom 26. Juni 1978 zur evtl. Novellierung des § 5 Abs. 3 BetrVG einen Anlaß für gesetzgeberische Konsequenzen verneint hat (Drucksache 8/2009)?

47. Abgeordneter
Russe
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für einen erträglichen Zustand, daß nunmehr auch die für Betriebsverfassung und Mitbestimmung bedeutsame Vorschrift des § 5 Abs. 3 Nr. 3 BetrVG mit dem Makel möglicher Verfassungswidrigkeit behaftet ist?
48. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Beschäftigungsverbot für Frauen auf Baustellen (§ 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung in Verbindung mit Ziffer 20 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung) dem heutigen Berufsverständnis der Frau nicht mehr gerecht wird, und ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der geplanten Novellierung der Arbeitsordnung Vorschläge zur Lockerung des Beschäftigungsverbots für Frauen auf Baustellen vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Welche Sicherheitsgründe sind ausschlaggebend, daß das zuständige Wehrbereichskommando die Bus-haltestelle (s. Anlage 68 des Stenographischen Berichts über die 126. Sitzung) nicht genehmigt hat, nachdem die den Mobilmachungsstützpunkt umgebende Einzäunung von Hochspringern der Leistungsklasse frei übersprungen werden kann, bzw. sehr leicht mit einem Hilfsmittel zu überwinden ist?
50. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen bzw. unternimmt sie, um Beantwortungen solcher Fragen von Gemeinden an die Wehrbereichsverwaltung wesentlich zu beschleunigen?
51. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann die Bundesregierung inzwischen den Abschluß der gegenseitigen Konsultationen im Rahmen der NATO zur Einführung der Euro-Wehrpflicht absehen, und welche Bedeutung mißt sie in dem Zusammenhang diesem Problem im Hinblick auf die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments bei?
52. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die noch über dem in der Bundeswehr insgesamt festgestellten Durchschnitt liegende und andauernde gewaltige zeitliche Mehrbelastung der Besatzungen in Flugabwehrraketenstellungen, und plant die Bundesregierung, durch Einführung einer vierten Besatzung unverzüglich Abhilfe zu schaffen?
53. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Wird sich der Systempreis der AWACS-Flugzeuge auf Grund der Annullation ehemals geplanter und bestellter AWACS-Systeme durch die Regierung des Iran erhöhen, und wann wird die Bundesregierung gegebenenfalls diese neuen Kaufpreise der Öffentlichkeit bekannt geben?
54. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um nach der Zuführung von Lastkraftwagen von 5 Tonnen der sogenannten zweiten Generation in unserer Bundeswehr die damit eingetretene Folge, daß nun Fahrerschulung und Prüfung auf anderen Modellen vorgenommen werden müssen und anschließend eine aufwendige, zusätzliche, zeit- und personalerfordernde Umschulung für alle Kraftfahrer nötig wird, zu ändern, und ist gegebenenfalls an eine Konstruktion auch dieses Modells als Fahrerschulwagen gedacht?

55. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wird die Bundesregierung bei ihren Überlegungen zum sogenannten Beförderungsstau in der Bundeswehr auch den Beförderungsstau in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, wie zum Beispiel bei der Deutschen Bundespost, berücksichtigen?
56. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Vorschlag, Landwirte in Katastrophenfällen einzusetzen und sie dafür generell von der allgemeinen Wehrpflicht zu befreien, rechtlichen Bedenken begegnet, und wie begründet die Bundesregierung dies im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

57. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gesetzgeberisch zu tun, um die Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich auf dem Niederrhein Kollisionen und Havarien von Schiffen mit hochexplosiver oder auf andere Weise umweltgefährdender Ladung in letzter Zeit gehäuft haben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
59. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung dem Untersuchungsergebnis einer Arbeitsgruppe in den Niederlanden zu, die den Rhein als „gefährlichste Wasserstraße Europas“ bezeichnet hat?
60. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Reichen die bisher bestehenden Sicherheitsvorschriften und -vorkehrungen nach Ansicht der Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung aus, oder was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um die bestehende Lage zu verbessern?
61. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Hat Bundesminister Matthöfer im jüngsten Interview mit dem Spiegel die Bemerkung gemacht „es ist unsinnig, um ein anderes Beispiel zu wählen, mit öffentlichen Mitteln eine Papierfabrik zu bauen, nur weil sie im Zonenrandgebiet liegen soll“, und wenn ja, ist damit die geplante Papierfabrik in Plattling gemeint?
62. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Wenn ja, wird die Bundesregierung die für die Arbeitsplatzbeschaffung im Zonenrandgebiet wichtige Maßnahme trotzdem finanziell fördern?
63. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Hat eine staatliche Stelle des Bundes vor Ankauf des für die Startbahnverschiebung erforderlichen Geländes durch die Flughafen AG, Frankfurt, und auch vor Beginn der Ausbaumaßnahmen veranlaßt oder zu verantworten, daß mehrere Kilometer Waldwege für einen Betrag von 350 000 DM ausgebaut wurden, damit der Bundesgrenzschutz seine Kontrollaufgaben besser erfüllen kann, und wenn ja, welche, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um die Verantwortlichen dafür zur Verantwortung zu ziehen?

64. Abgeordneter Schmidt (Niederselters) (SPD) Welches sind die Gründe, daß die im Kabinettschluß vom 17. April 1978 beschlossene und von allen beteiligten Stellen als vordringlich anerkannte Neufassung des Luftverkehrsgesetzes im Teilbereich „Abwehr äußerer Gefahren“ und im Teilbereich „flugbetriebliche Vorschriften“ bis heute nicht erfolgt ist?
65. Abgeordneter Schmidt (Niederselters) (SPD) Wann wird die Bundesregierung dem Bundestag den bereits seit langem angekündigten Gesetzentwurf hierzu vorlegen?
66. Abgeordneter Erhard (Bad Schwalbach) (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung bekannt gewordene Pläne der Deutschen Bundesbahn, die Stationierung und Wartung der Diesellokomotiven vom Typ 211 und 216 von Limburg und Gießen nach Frankfurt am Main zu verlegen?
67. Abgeordneter Erhard (Bad Schwalbach) (CDU/CSU) Wäre die Beibehaltung der Standorte aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht sinnvoller, da die Verlegung den Fortfall einer großen Zahl von Arbeitsplätzen in Limburg und Gießen zur Folge hätte?
68. Abgeordneter Würzbach (CDU/CSU) Werden in der Bundesregierung Überlegungen mit dem Ziel angestellt, auf das bisher zur Erhöhung der Verkehrssicherheit übliche Streusalz bei winterlicher Schneeglätte und gefährlichem Eisregen aus Umweltschutzgründen zu verzichten, und wie ist gegebenenfalls auch unter besonderer Berücksichtigung dann erheblich erhöhter Unfallgefahr für alle Verkehrsteilnehmer der Stand solcher Überlegungen?
69. Abgeordneter Dr. Langner (CDU/CSU) Seit wann ist beabsichtigt, von der Bahnstrecke Friedrichsdorf — Usingen ein Nebengleis, abgehend zwischen Bahnhof Wehrheim und Bahnhof Saalburg, durch die Gemarkung Wehrheim zum Munitionsdepot der US-Streitkräfte zu legen, und wie soll die Trasse geführt werden?
70. Abgeordneter Dr. Langner (CDU/CSU) Ist die Gemeinde Wehrheim von der Bauabsicht bisher offiziell noch nicht unterrichtet worden, und wenn ja, warum, und trifft es zu, daß bei den Militärbehörden schon seit Jahren eine sogenannte Durchführbarkeitsstudie für den Gleisanschluß vorliegt?
71. Abgeordneter Dr. Steger (SPD) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus dem erneuten tödlichen Unfall ziehen, der sich am 24. Januar 1979 am unbeschränkten Bahnübergang an der Gladbecker Straße in Dorsten ereignet hat, und welche zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen erscheinen kurzfristig realisierbar?
72. Abgeordneter Dr. Steger (SPD) Wie konnte es dazu kommen, daß am Abend des 8. Januar 1979 gegen 23 Uhr ein Tiefflieger in Dorsten das Dach eines Bauernhauses abdeckte, obwohl von amtlicher Seite immer wieder festgestellt wurde, daß die Tiefflieger sich in vorschriftsmäßiger Höhe bewegen, und wie können künftig solche Gefährdungen ausgeschlossen werden?
73. Abgeordneter Kuhlwein (SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch den Vollausbau des Elbe-Lübeck-Kanals für Europaschiffe die Beschäftigungslage an der Küste zu verbessern?

- | | |
|--|---|
| 74. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbssituation zwischen der Deutschen Bundesbahn auf der Strecke Lauenburg — Lübeck und einem für das Europaschiff ausgebauten Elbe-Lübeck-Kanal? |
| 75. Abgeordneter
Peter
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die geplante und zum Teil bereits im Bau befindliche Bundeswasserstraße Saarkanal nach wie vor bis in die Stadt Saarbrücken zu führen, oder sieht sie Veranlassung, von dieser Absicht abzugehen? |
| 76. Abgeordneter
Peter
(SPD) | Was sind — falls die Bundesregierung ein Abgehen vom ursprünglichen Kanalkonzept in Erwägung zieht — die dafür entscheidenden Gründe, und wie wird das Konzept dann aussehen? |
| 77. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) | Ist der Bundesregierung der Zustand des im Krieg schwer beschädigten und in der Nachkriegszeit nur notdürftig wiederhergestellten Bahnhofs München-Ost (alt) bekannt, und bis wann ist angesichts der erheblichen Beeinträchtigung des Stadtbilds mit dem Abbruch oder mit der Sanierung zu rechnen? |
| 78. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Anregung, bei Verurteilungen wegen eines Verkehrsdelikts oder einer Verkehrsordnungswidrigkeit aus Gründen der Vereinfachung und Übersichtlichkeit bereits im Urteil oder im Bußgeldbescheid die für den Verurteilten im Verkehrszentralregister entstehenden Strafpunkte zu vermerken? |
| 79. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Wie hat sich die Gesamtlänge des deutschen Autobahnnetzes seit 1972 verändert, und wieviel Kilometer sind jährlich hinzugekommen? |
| 80. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Wie verhalten sich — nach Jahren aufgeschlüsselt — die neu hinzugekommenen Kilometer prozentual zum Bestand von 1972 und zum Bestand des jeweiligen Vorjahrs? |
| 81. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Wieviel Kilometer des deutschen Autobahnnetzes waren in den letzten fünf Jahren — jeweils zu zwei ausgewählten Stichtagen eines jeden Jahrs — durch Baustellen, Erweiterungs- oder Umbauarbeiten oder Neubauten nur eingeschränkt nutzbar oder längerfristig gesperrt? |
| 82. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß ab Sommerfahrplan in Baden-Baden nur noch zehn statt bisher zwölf IC-Züge und nur noch 38 statt bisher 48 D-Züge halten, und falls ja, ist sichergestellt, daß durch Anschlußverbindungen auf der Schiene nach Karlsruhe die gleichen Züge erreicht werden können, die bisher in Baden-Baden hielten? |
| 83. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Zu welchen konkreten Einsparungen (in Zahlen ausgedrückt) führt es, wenn o. g. Züge in Baden-Baden nicht mehr halten? |
| 84. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß nur von größeren Bahnhöfen am Wochenende verbilligte Rückfahrten nach zentralen Orten ausgegeben werden, während Reisenden, die dieselben Zielorte von einem kleineren Bahnhof aus erreichen wollen, diese Vergünstigung nicht zusteht, und wie verhält es sich mit verbilligten Fahrkarten auf Buslinien der Deutschen Bundesbahn insbesondere in den dünner besiedelten Gebieten? |

85. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wann wird es der Bundesregierung möglich sein, die neuen Lärmschutzbereiche für den vom Flugzeugtyp „Lightning“ auf den Senkrechtstarter „Harrier“ umgerüsteten NATO-Flugplatz Gütersloh festzulegen, nachdem ein entsprechender Antrag der Stadt Gütersloh bereits vom 1. September 1976 datiert?
86. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für bundesrechtlich zulässig und für die betroffenen Bürger zumutbar, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen jetzt einen Landesentwicklungsplan IV (Gebiete mit Planungsbeschränkungen zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm) im Entwurf vorlegt, der eine dritte Schutzzone mit erheblichen Planungsbeschränkungen ausweist, obgleich alle diese Schutzzonen im Grunde längst obsolet geworden sind, weil der Flugzeugtyp „Lightning“ dort nicht mehr stationiert ist und der Senkrechtstarter „Harrier“ ein völlig anderes Flugverhalten hat?
87. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dieserhalb mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Verbindung zu setzen und ihr zu empfehlen, diesen überholten Entwurf zurückzuziehen und zu überarbeiten?
88. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die mehrfach angekündigte Novellierung des Fluglärmgesetzes von 1971 Folgerungen aus der Aussage der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Drucksache 8/3963 vom 8. Januar 1979 ziehen, daß sogar unmittelbar unterhalb einem äquivalenten Dauerschallpegel von 62 dB (A) Fluglärm als eine erhebliche Störung empfunden wird und die Voraussetzungen für ruhige Wohngebiete nicht gegeben sind?
89. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Briefabgangsstelle in Limburg/Lahn aufgegeben und nach Wiesbaden verlegt werden soll?
90. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Warum ist bejahendenfalls eine so starke Konzentration in Wiesbaden zweckmäßig, wenn man den Fortfall der Arbeitsplätze in Limburg dem gegenüber stellt?
91. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Trifft es zu — wie der Deutsche Postverband behauptet —, daß beim Fernmeldeamt Mainz augenblicklich 60 Arbeitsplätze unbesetzt sind, davon allein 25 im mittleren nichttechnischen Dienst und über 20 Arbeitsplätze für Fernmeldehandwerker, und daß der Grund dafür vor allem bei fehlenden oder lange verzögerten Einstellungsgenehmigungen der übergeordneten Behörden liegt?
92. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe gibt es dafür, daß die Deutsche Bundespost seit nunmehr einem Jahr verstärkt durch die deutschen Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren gegen Rundfunkteilnehmer veranlaßt hat, die — in Unkenntnis der geltenden Vorschriften — im Besitz von Rundfunkempfängern sind, welche neben den üblichen Wellenbereichen Lang-, Mittel- und Kurzwelle sowie dem UKW-Bereich zusätzlich noch weitere UKW-Bereiche oder andere UKW-Spezialbereiche haben?

93. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, Angaben über die Zahl der bisher von der Deutschen Bundespost veranlaßten Ermittlungsverfahren sowie über die Anzahl der von ihr vermuteten oder in diesem Zusammenhang ermittelten nach Auffassung der Deutschen Bundespost unzulässigen Rundfunkempfänger zu machen?
94. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe gibt es dafür, daß bisher versäumt wurde, entweder den Verkauf dieser angeblich unzulässigen Empfangsgeräte in der Bundesrepublik Deutschland zu verbieten, den Verkauf nur gegen Vorlage einer besonderen Genehmigung durch die Deutsche Bundespost zu gestatten oder alle Rundfunkteilnehmer in einer entsprechenden Aufklärungsaktion über die geltenden Bestimmungen zu informieren?
95. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung konkret zu unternehmen, um zu verhindern, daß auch in Zukunft Rundfunkteilnehmer aus Unkenntnis der komplizierten Rechtslage bzw. wegen ungenauer oder fehlender Information in Konflikt mit den geltenden Bestimmungen kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

96. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wieso wird im Bundesprogramm 1979 bis 1982 für den Einsatz der Finanzhilfen des Bundes zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 72 des Städtebauförderungsgesetzes im Kreis Euskirchen nur die Gemeinde Blankenheim (Sanierung des Ortskerns) mit Fördermitteln des Bundes bedacht, und hält die Bundesregierung die Förderung einer einzigen von 50 Maßnahmen im Kreis Euskirchen für gerechtfertigt?
97. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Sind für die kommenden Jahre weitere Finanzhilfen des Bundes für Förderungsmaßnahmen weiterer städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsprojekte nach dem Städtebauförderungsgesetz für den Kreis Euskirchen vorgesehen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

98. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Haben die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage B. 98 (Drucksache 8/1728) angekündigten Inspektionen der Internationalen Atomenergie-Organisation durch jeweils einen DDR-Inspektor für das Gebiet der EURATOM und eines Inspektors aus der Bundesrepublik Deutschland für das Gebiet der DDR inzwischen stattgefunden, oder für welchen Zeitpunkt sind sie vorgesehen?
99. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Welchen behördlichen oder wissenschaftlichen Institutionen gehören die von der Bundesrepublik Deutschland und von der DDR benannten Inspektoren an?

100. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)

Ergeben sich — falls die Inspektionen schon stattgefunden haben — aus den Berichten des Inspektors aus der Bundesrepublik Deutschland Anhaltspunkte dafür, daß er bei seiner Arbeit in irgendeiner Weise behindert worden ist?

Bonn, den 9. Februar 1979